



Einkauf von Dienstleistungen



Art. 1 Anwendungsbereich und Geltung

- 1.1 Diese Allgemeinen Einkaufsbedingungen (im Folgenden «AEB») regeln Abschluss, Inhalt und Abwicklung von Verträgen über die Beschaffung von Dienstleistungen durch Unternehmen der BKW-Gruppe in der Schweiz, insbesondere in den Bereichen Beratung, Planung, Unterstützung und Schulung sowie anderen ausgeführten Leistungen mit Auftragscharakter (im Folgenden «Vertrag»).
- 1.2 Diese AEB gelangen zur Anwendung, soweit für einen bestimmten Auftrag oder für bestimmte Kundengruppen keine abweichende Regelung besteht.
- 1.3 In diesen AEB werden die Parteien als Auftraggeber und als Beauftragter bezeichnet. Der Auftrag mit sämtlichen Bestandteilen und den vorliegenden AEB wird als «Vertrag» bezeichnet.
- 1.4 Soweit in diesen AEB nicht ausdrücklich anders bestimmt, erfüllen auch von den Parteien per E-Mail abgegebene Erklärungen und Mitteilungen die Erfordernisse an die Schriftlichkeit.
- 1.5 Bei Aufträgen mit werkvertraglichen Elementen gelten zusätzlich die Bestimmungen im Anhang dieser AEB. Bei Widersprüchen zwischen den AEB und dem Anhang gehen die Bestimmungen im Anhang den Bestimmungen der AEB vor.

Art. 2 Angebot

- 2.1 Das Angebot einschliesslich Dokumentation erfolgt unentgeltlich, sofern in der Offertanfrage nichts anderes vermerkt ist.
- 2.2 Das Angebot ist während der in der Offertanfrage oder im Angebot genannten Frist verbindlich. Fehlen entsprechende Angaben, bleibt der Beauftragte vom Datum des Angebotes an während drei Monaten gebunden.

Art. 3 Vertragsabschluss

- 3.1 Der Vertrag wird in schriftlicher Form abgeschlossen und tritt mit der rechtsgültigen Unterzeichnung des Vertragsdokuments durch beide Parteien in Kraft.
- 3.2 Die Bestandteile des Vertrages und deren Rangfolge bestimmen sich nach dem Vertragsdokument. Ist im Vertrag keine Rangfolge enthalten, gilt bei Widersprüchen zwischen den Bestandteilen die folgende Rangfolge:

1. Vertragsurkunde
 2. Anhänge (unter Ausschluss der Offerte und der Ausschreibung)
 3. diese AEB
 4. Ausschreibung des Auftraggebers
 5. Offerte des Beauftragten
- 3.3 Allgemeine Geschäftsbedingungen des Beauftragten werden nicht Bestandteil des Vertrages.
 - 3.4 Ohne schriftliche Erteilung einer Vollmacht durch den Auftraggeber darf der Beauftragte den Auftraggeber Dritten gegenüber nicht verpflichten. Art. 396 Abs. 2 OR wird wegbedungen.

Art. 4 Ausführung

- 4.1 Der Beauftragte verpflichtet sich zu einer getreuen, fachgerechten und sorgfältigen Ausführung des ihm übertragenen Geschäfts.
- 4.2 Er garantiert, dass alle erbrachten Leistungen den vertraglichen Bedingungen und Spezifikationen, dem aktuellen Stand der Technik sowie den gesetzlichen Vorgaben entsprechen.
- 4.3 Der Beauftragte setzt nur sorgfältig ausgewählte und gut ausgebildete Mitarbeitende ein und gibt dem Auftraggeber schriftlich Name und Funktion der eingesetzten Mitarbeitenden bekannt. Dabei beachtet er insbesondere das Interesse des Auftraggebers an Kontinuität. Er nimmt den Austausch von Mitarbeitenden nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers vor und ersetzt innert nützlicher Frist Mitarbeitende, die nicht über die erforderlichen Fachkenntnisse verfügen oder sonst wie die Vertragserfüllung beeinträchtigen oder gefährden.
- 4.4 Der Beauftragte verpflichtet sich und seine Mitarbeiter zur Einhaltung der betrieblichen Vorschriften des Auftraggebers, insbesondere der Sicherheitsbestimmungen, der Arbeitszeitordnung sowie der Hausordnung.
- 4.5 Der Beauftragte stellt sicher, dass die Einsatzbedingungen und die Art der Leistungserbringung nicht unter Art. 12 des Bundesgesetzes über die Arbeitsvermittlung und Personalverleih (AVG) vom 6. Oktober 1989 fallen. Im Zweifelsfalle oder auf Verlangen des Auftraggebers kontaktiert der Beauftragte selbstständig und vor der Vertragsunterzeichnung die zuständi-

gen kantonalen Behörden zur Prüfung der allfälligen Unterstellung des Vertrages unter das AVG. Er informiert den Auftraggeber unverzüglich über das Ergebnis der behördlichen Prüfung.

Art. 5 Beizug Dritter

- 5.1 Der Beauftragte hat die Leistung persönlich zu erbringen. Zur Übertragung an einen Dritten ist er nur mit schriftlicher Ermächtigung des Auftraggebers befugt. Er bleibt in jedem Fall für die vertragsgemässe Leistungserbringung verantwortlich. Art. 399 Abs. 2 OR wird ausdrücklich wegbedungen.
- 5.2 Der Beauftragte sorgt insbesondere dafür, dass beigezogene Dritte die Pflichten aus den Artikeln 5 (Beizug Dritter), 9 (Nachhaltigkeit), 16 (Geheimhaltung), 17 (Datenschutz) und 18 (Datenschutz gegenüber Kunden des Auftraggebers) einhalten und dass der Auftraggeber die Einhaltung dieser Pflichten direkt bei den beigezogenen Dritten durchsetzen kann.

Art. 6 Leistungsänderungen

- 6.1 Die Parteien können jederzeit Änderungen der Leistungen und ihre Folgen auf die Vergütung vereinbaren.
- 6.2 Änderungen der Leistungen haben die Parteien schriftlich festzuhalten, entweder durch Anpassung des schriftlichen Vertrages oder durch schriftliche Bestätigung der mündlich vereinbarten Änderung.
- 6.3 Sofern nicht abweichend vereinbart, setzt der Beauftragte während der Dauer der Verhandlungen über eine Leistungsänderung seine Arbeiten vertragsgemäss fort.
- 6.4 Können sich die Parteien nicht über eine Änderung der Leistungen einigen, so läuft der Vertrag unverändert weiter.

Art. 7 Rechenschaft

Der Beauftragte informiert den Auftraggeber sowohl regelmässig als auch auf deren Verlangen über den Fortschritt und die Ergebnisse seiner Arbeiten. Er zeigt dem Auftraggeber sofort schriftlich alle Umstände an, welche die vertragsgemässe Erfüllung beeinträchtigen oder gefährden.

Art. 8 Mitwirkung des Auftraggebers

Der Auftraggeber gibt dem Beauftragten rechtzeitig alle für die Vertragserfüllung erforderlichen Informationen und Vorgaben bekannt. Er gewährt dem Beauftragten zudem den notwendigen Zugang zu seinen Räumlichkeiten und stellt bei Bedarf die erforderlichen Einrichtungen und Hilfsmittel zur Verfügung. Allfällige weitere Mitwirkungspflichten des Auftraggebers werden in der Vertragsurkunde schriftlich festgehalten.

Art. 9 Nachhaltigkeit

Der Beauftragte ist verpflichtet, die im Anhang «Nachhaltigkeitsstandards der BKW für Lieferanten» aufgeführten Bestimmungen einzuhalten. Bei Widersprüchen zwischen den AEB und dem Anhang gehen die Bestimmungen im Anhang den Bestimmungen der AEB vor.

Art. 10 Erfüllungsort

Der Auftraggeber bezeichnet den Erfüllungsort. Wurde nichts festgelegt, so gilt der Sitz des Auftraggebers als Erfüllungsort.

Art. 11 Verzug

- 11.1 Hält der Beauftragte fest vereinbarte Termine nicht ein, so kommt er ohne Weiteres in Verzug, in den übrigen Fällen durch Mahnung.
- 11.2 Kommt der Beauftragte in Verzug, so schuldet er eine Konventionalstrafe. Diese beträgt pro Verspätungstag 5 Promille, insgesamt aber höchstens 10 Prozent der gesamten Vergütung. Sie ist auch dann geschuldet, wenn die Leistungen angenommen werden. Die Bezahlung der Konventionalstrafe befreit den Beauftragten nicht von der Einhaltung der vertraglichen Pflichten. Die Konventionalstrafe ist zusätzlich zu einem allfälligen Schadenersatz geschuldet.
- 11.3 Sämtliche weiteren Rechtsbehelfe gemäss Gesetz bleiben vorbehalten.

Art. 12 Haftung

- 12.1 Der Beauftragte hat bei fehlerhafter Leistungserbringung dem Auftraggeber den dadurch entstandenen Schaden in der Höhe von maximal dem dreifachen Betrag der jeweils gemäss Vertrag geschuldeten Gesamtsumme zu ersetzen, sofern er nicht beweist, dass ihn kein Verschulden trifft.
- 12.2 Im gleichen Masse haftet der Beauftragte für das Verhalten seiner Hilfspersonen, beigezogener Dritter (z.B. Subunternehmer, Zulieferanten) sowie für Substituten wie für sein eigenes.
- 12.3 Haftungsbeschränkung und Haftungsausschluss gelten sowohl für vertragliche als auch für ausservertragliche bzw. quasivertragliche Ansprüche. Der Haftungsausschluss gilt nicht für Personen- oder Sachschäden, die durch vorsätzliches oder grobfahrlässiges Verhalten verursacht wurden.

Art. 13 Höhere Gewalt

Die Vertragsparteien haften dann nicht für die verspätete, nicht gehörige Erfüllung oder Nichterfüllung des Vertrages, wenn diese auf von den Vertragsparteien nicht zu vertretende Ereignisse oder Umstände höherer Gewalt zurückzuführen ist und die betroffene Vertragspartei dies unverzüglich anzeigt und alle angemessenen Anstrengungen zur Vertragserfüllung unternimmt.

Art. 14 Vergütung und Zahlungsbedingungen

- 14.1 Der Beauftragte erbringt die Leistungen zu Festpreisen oder nach Aufwand mit oberer Begrenzung der Vergütung (Kostendach). Er gibt in seinem Angebot die Kostenarten und Kostensätze bekannt.
- 14.2 Die Vergütung gilt alle Leistungen ab, die zur gehörigen Vertragserfüllung notwendig sind. Durch die Vergütung abgedeckt sind insbesondere die Übertragung von Rechten, alle Dokumentations- und Materialkosten sowie Spesen und öffentliche Abgaben wie Steuern und Zölle.

- 14.3 Die Rechnungsstellung erfolgt nach der vollständigen Erbringung der Leistungen. Werden im Vertrag Vorauszahlungen, Anzahlungen oder Abschlagszahlungen vereinbart, kann der Auftraggeber vom Beauftragten eine Sicherheit in Form einer erstklassigen Bank- oder Versicherungsgarantie verlangen. Die Mehrwertsteuer wird in der Rechnung separat ausgewiesen.
- 14.4 Rechnungen sind innerhalb von 30 Tagen nach ihrem Erhalt zur Zahlung fällig. Bei verspäteter Zahlung gilt der gesetzliche Verzugszins.
- 14.5 Gewährt der Beauftragte auf seinen Leistungen Rabatte und tätigen mehrere Gesellschaften der BKW-Gruppe Beschaffungen, so werden für die Berechnung der Rabatte die Preise sämtlicher Leistungen an Gesellschaften der BKW-Gruppe zusammengezählt.

Art. 15 Schutz- und Verwendungsrechte

- 15.1 Arbeitsergebnisse sowie sämtliche Schutzrechte (Immaterialgüter- und Leistungsschutzrechte sowie Anwartschaften an solchen) und Eigentumsrechte an den im Rahmen der Vertragserfüllung entstandenen Arbeitsergebnissen gehören vollumfänglich dem Auftraggeber. Der Beauftragte überträgt dem Auftraggeber insbesondere auch alle Urheberpersönlichkeitsrechte. Wo dieser Übertragung gesetzliche Schranken gesetzt sind, verzichtet der Beauftragte auf die Geltendmachung seiner Persönlichkeitsrechte und gewährleistet, dass alle am Werk Beteiligten auf deren Geltendmachung ebenfalls verzichten.
- 15.2 An im Zeitpunkt des Beginns der Leistungserbringung bereits bestehenden Schutzrechten (insbesondere Schutzrechte des Beauftragten oder von Dritten) hat der Auftraggeber ein zeitlich, räumlich und sachlich uneingeschränktes, unkündbares Verwendungsrecht. Dieses umfasst sämtliche aktuellen und zukünftig möglichen Verwendungsarten sowie das Recht zur Veräusserung und das Recht zur Weiterentwicklung im Zusammenhang mit den Arbeitsergebnissen.
- 15.3 Der Beauftragte gewährleistet, dass im Zusammenhang mit der Leistungserbringung sowie den erstellten Arbeitsergebnissen keine Schutzrechte Dritter verletzt werden. Er gewährleistet die Rechtmässigkeit und Rechtsgültigkeit der Übertragung von Schutzrechten und der Einräumung von Nutzungsrechten an den Auftraggeber gemäss diesen AEB und dem Vertrag. Soweit der Auftraggeber die Schutzrechtsverletzung selbst zu vertreten hat, sind die Ansprüche gegen den Beauftragten ausgeschlossen.
- 15.4 Ansprüche Dritter wegen Verletzung von Schutzrechten wehrt der Beauftragte unverzüglich auf eigene Kosten und Gefahr ab. Er setzt den Auftraggeber über solche Ansprüche umgehend schriftlich in Kenntnis und widersetzt sich einer Intervention des Auftraggebers in einem Gerichtsverfahren nicht. Macht der Dritte die Forderungen direkt gegenüber dem Auftraggeber geltend, so beteiligt sich der Beauftragte auf erstes Verlangen des Auftraggebers hin gemäss den Möglichkeiten der einschlägigen Prozessordnung am Streit. Der Beauftragte verpflichtet sich, sämtliche

Kosten (inkl. Schadenersatzleistungen), die dem Auftraggeber aus der Prozessführung und/oder einer allfälligen aussergerichtlichen Erledigung des Rechtsstreites entstehen, zu übernehmen. Bei einer aussergerichtlichen Erledigung hat der Beauftragte die vereinbarte Zahlung an den Dritten nur zu übernehmen, soweit er ihr vorgängig zugestimmt hat.

- 15.5 Wird dem Auftraggeber aufgrund geltend gemachter Schutzrechtsansprüche die Nutzung der vertraglich geschuldeten Leistungen ganz oder teilweise verunmöglicht, so hat der Beauftragte die Wahl, entweder seine Leistungen so abzuändern, dass diese keine Drittrechte verletzen und trotzdem dem vertraglich geschuldeten Leistungsumfang entsprechen, oder auf seine Kosten eine Lizenz des Dritten zu beschaffen. Setzt der Beauftragte innert angemessener Frist keine dieser Möglichkeiten um, so kann der Auftraggeber mit sofortiger Wirkung vom Vertrag zurücktreten. Der Beauftragte hat den Auftraggeber in jedem Fall, unabhängig eines Verschuldens, vollumfänglich schadlos zu halten; eine allfällig vereinbarte Haftungsbeschränkung gemäss Artikel 12.1 findet keine Anwendung.

Art. 16 Geheimhaltung

- 16.1 Ohne vorgängige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers dürfen vertrauliche Informationen und Unterlagen, die mit diesem Vertrag zusammenhängen oder im Lauf der Erbringung der Dienstleistungen vom Auftraggeber oder von Dritten erlangt werden, keiner Drittpartei offenbart oder für andere Zwecke als die Erbringung der Dienstleistungen gemäss diesem Vertrag benutzt werden.
- 16.2 Die Geheimhaltungspflicht dauert auch nach Beendigung dieses Vertrages an.
- 16.3 Sofern der Beauftragte mit der Vertragsbeziehung werben, sie anderswie öffentlich bekanntmachen will oder der Auftraggeber als Referenz verwenden will, ist die vorgängige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers erforderlich.
- 16.4 Die dem Beauftragten überlassenen Unterlagen und Daten bleiben ausschliesslich Eigentum des Auftraggebers. Vervielfältigungen sind nur zulässig, wenn dies im Vertrag vorgesehen ist oder wenn dies zur Erfüllung der vertraglichen vereinbarten Aufgaben und Arbeiten erforderlich ist. Die Unterlagen und Daten, die den Auftrag betreffen, sind auf Verlangen des Auftraggebers unverzüglich zurückzugeben bzw. zu vernichten; auf den Computern des Beauftragten gespeicherte Daten sind zu löschen. Vorbehalten bleiben gesetzliche Aufbewahrungspflichten und elektronische Sicherungskopien auf Back-up-Servern.
- 16.5 Der Beauftragte verpflichtet sich, dafür zu sorgen, dass die sich aus diesem Artikel 16 ergebenden Pflichten von seinen Mitarbeitenden sowie weiteren im Rahmen der Vertragserfüllung beigezogenen Dritten eingehalten werden.
- 16.6 Verletzt der Beauftragte die vorstehenden Geheimhaltungspflichten, so schuldet er dem Auftraggeber eine Konventionalstrafe, sofern er nicht beweist, dass ihn

kein Verschulden trifft. Diese beträgt je Verletzungsfall 10 Prozent der gesamten Vergütung, höchstens jedoch CHF 50'000.00 je Fall. Die Bezahlung der Konventionalstrafe befreit nicht von der Einhaltung der Geheimhaltungspflichten. Die Konventionalstrafe ist zusätzlich zu einem allfälligen Schadenersatz geschuldet.

Art. 17 Datenschutz

- 17.1 Der Beauftragte nimmt zur Kenntnis und ist damit einverstanden, dass der Auftraggeber über ihn Daten erhebt, die für die Durchführung des Auftrages, die Überprüfung der Leistung sowie den Leistungsvergleich mit Dritten benötigt werden. Der Auftraggeber ist berechtigt, hierfür auch Dritte hinzuzuziehen und diesen Dritten entsprechend die Daten entsprechend zugänglich zu machen.
- 17.2 Der Beauftragte nimmt zur Kenntnis und ist damit einverstanden, dass hierbei Daten auch ins Ausland übermittelt werden können, wobei in jedem Fall die anwendbaren Datenschutzbestimmungen eingehalten werden.

Art. 18 Datenschutz gegenüber Kunden des Auftraggebers

Soweit der Beauftragte zur Vertragserfüllung Einblick in Angaben über die Kunden des Auftraggebers erhält, verpflichtet er sich zur Einhaltung der nachfolgenden Bestimmungen:

- a. Der Beauftragte darf die im Rahmen der Durchführung des Auftrages erhobenen oder ihm vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Kundendaten nur für die im Vertrag bezeichneten Zwecke verwenden und gibt ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers sowie der betroffenen Kunden keine persönlichen Informationen weiter. Der

Auftraggeber ist berechtigt, zusätzliche Einschränkungen vorzuschreiben, bspw. dass Daten nur in anonymisierter Form verwendet werden.

- b. Der Beauftragte ergreift alle angemessenen technischen und organisatorischen Sicherheitsmassnahmen, um sicherzustellen, dass personenbezogene Daten gegen zufällige oder vorsätzliche Manipulationen, Verlust, Zerstörung oder gegen den Zugriff unberechtigter Personen geschützt sind. Insbesondere werden die vom Auftraggeber dem Beauftragten zur Verfügung gestellten Daten mit angemessenem Zugriffsschutz (wie Kennwortschutz) versehen, sodass nur zugriffsberechtigte Personen die Daten einsehen und nutzen können. Die mit der Durchführung des Auftrages entstandenen Personendaten werden nach Beendigung des Auftrages unwiderruflich gelöscht.

Art. 19 Abtretung und Verpfändung

Der Beauftragte darf Forderungen gegenüber dem Auftraggeber ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers weder abtreten noch verpfänden.

Art. 20 Anwendbares Recht und Gerichtsstand

- 20.1 Es findet schweizerisches materielles Recht unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 11. April 1980 über Verträge über den internationalen Warenkauf (Wiener Kaufrecht) Anwendung.

20.2 Bei Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dem Vertrag ist Gerichtsstand:

- a. für Klagen des Auftraggebers: Der Sitz des Auftraggebers oder der Sitz des Beauftragten;
b. für Klagen des Beauftragten: Der Sitz des Auftraggebers.

Anhang: Zusatzbestimmungen bei Aufträgen, die werkvertragliche Elemente enthalten

1 Gefahrtragung

Der Beauftragte trägt die volle Gefahr für die gesamte Leistung bis zur Abnahme.

2 Abnahme

- 2.1 Über die Abnahme werden Protokolle und bei Bedarf weitere Dokumente geführt und von beiden Parteien unterzeichnet. Wenn vertraglich vorgesehen, führen die Parteien die Abnahme gemeinsam durch.
- 2.2 Der Beauftragte zeigt dem Auftraggeber rechtzeitig die Fertigstellung der vereinbarten Leistungen an.
- 2.3 Der Auftraggeber prüft die Leistungen, sobald es nach dem üblichen Geschäftsgang tunlich ist. Er zeigt dem Beauftragten allfällige Mängel an und setzt ihm eine angemessene Frist zu ihrer Behebung an. Nach Ablauf der Frist erfolgt eine nochmalige Prüfung. Sofern keine Mängel erkennbar sind, wird die Abnahme vollzogen. Die mit der Wiederholung der Prüfung beim Auftraggeber anfallenden Übergabekosten und Aufwendungen gehen zulasten des Lieferanten.
- 2.4 Die stillschweigende Genehmigung von Leistungen ist ausgeschlossen.

3 Gewährleistung

- 3.1 Der Beauftragte gewährleistet, dass seine Leistungen die vereinbarten und zugesicherten Eigenschaften aufweisen sowie diejenigen Eigenschaften, welche der Auftraggeber auch ohne besondere Vereinbarung voraussetzen durfte. Er übernimmt eine Gewährleistung von zwei Jahren ab Abnahme der vollständig erbrachten vertraglich geschuldeten Leistungen. Die Frist beginnt am Tag nach der Unterzeichnung des Abnahmeprotokolls durch den Auftraggeber.
- 3.2 Während der Gewährleistungsfrist kann der Auftraggeber Mängel jederzeit schriftlich rügen. Binnen der Gewährleistungsfrist erhobene Mängelrügen gelten in jedem Fall als rechtzeitig erfolgt. Der Beauftragte ist auch nach Ablauf der Gewährleistungsfrist zur Erfüllung der Forderungen aus den nachstehenden Mängelrechten des Auftraggebers verpflichtet, sofern die Mängel noch innerhalb der Gewährleistungsfrist gerügt worden sind.

- 3.3 Liegt ein Mangel vor, kann der Auftraggeber Nachbesserung oder Minderung verlangen. Ist der Mangel erheblich, kann die BKW stattdessen vom Vertrag zurücktreten, sofern:
 - a. die erbrachten Leistungen für den Auftraggeber unbrauchbar sind;
 - b. oder für den Auftraggeber von vornherein erkennbar ist, dass eine Nachbesserung fehlschlagen wird;
 - c. oder die Annahme der erbrachten Leistungen für den Auftraggeber sonstwie unzumutbar ist. Dies ist insbesondere auch dann der Fall, wenn eine Nachbesserung zu lange dauern würde.
- 3.4 Falls der Auftraggeber die Nachbesserung verlangt, so behebt der Beauftragte den Mangel innert der vom Auftraggeber angesetzten angemessenen Frist und trägt alle daraus entstehenden Kosten. Ist die Behebung des Mangels nur durch eine Neuherstellung möglich, so umfasst das Recht auf Nachbesserung auch das Recht auf Neuherstellung.
- 3.5 Ergibt die Nachprüfung, dass der Beauftragte die verlangte Nachbesserung nicht oder nicht erfolgreich vorgenommen hat, oder ist er damit trotz Mahnung in Verzug, so kann der Auftraggeber nach seiner Wahl:
 - a. einen dem Minderwert entsprechenden Abzug von der Vergütung machen;
 - b. oder die erforderlichen Massnahmen auf Kosten und Gefahr des Beauftragten selbst vornehmen oder durch einen Dritten vornehmen lassen;
 - c. oder vom Vertrag zurücktreten.
- 3.6 Beanstandete Lieferungen oder Teile davon bleiben bis zur Mängelbehebung resp. bis zum Rücktritt vom Vertrag zur Verfügung des Auftraggebers. Im gegenseitigen Einvernehmen kann die mangelhafte Leistung provisorisch weiterbetrieben werden.
- 3.7 Für Ersatzlieferungen und den von einer Nachbesserung betroffenen Teil beginnt die Gewährleistung neu zu laufen.
- 3.8 Ist wegen eines Mangels ein Schaden entstanden, so haftet der Beauftragte zusätzlich für dessen Ersatz gemäss Artikel 12.

Anhang

Nachhaltigkeitsstandards der Lieferanten

Einleitung

Die nachfolgend aufgeführten Bestimmungen der Nachhaltigkeitsstandards gelten für alle vertraglich vereinbarten Tätigkeiten, Erzeugnisse und Dienstleistungen. Bei Tätigkeiten in Verbindung mit Anlagen gelten die Bestimmungen für sämtliche Phasen der betroffenen Anlage, von der Planung und der Realisierung über den Betrieb bis zum Rück- oder Umbau.

1 Soziale und wirtschaftliche Grundsätze

- 1.1 Der LIEFERANT verpflichtet sich, die Menschenrechte im eigenen Einflussbereich einzuhalten und sich nicht an Menschenrechtsverletzungen mitschuldig zu machen.
- 1.2 Der LIEFERANT verpflichtet sich, die Gesetze der jeweilig anwendbaren Rechtsordnung einzuhalten, insbesondere diejenigen Gesetze bezüglich Wettbewerb, Korruption, Schwarzarbeit und Umwelt.
- 1.3 Der LIEFERANT verpflichtet sich zu fairem Wettbewerb und lehnt unlautere Wettbewerbspraktiken wie zum Beispiel Preis- oder Konditionenabsprachen, Marktaufteilungen oder abgestimmte Verhaltensweisen mit Wettbewerbern ab.
- 1.4 Der LIEFERANT verpflichtet sich, die geltenden Arbeitsschutzbestimmungen sowie die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gesamtarbeitsverträge, der Normalarbeitsverträge und bei deren Fehlen die orts- und berufsüblichen Vorschriften einzuhalten.
- 1.5 Der LIEFERANT verpflichtet sich, seine Aktivitäten den nach jeweiligem Landesrecht geltenden Steuervorschriften auszuüben und die zur Zahlung fälligen Steuern (in der Schweiz: z.B. kantonale und kommunale Steuern, direkte Bundessteuer, Mehrwertsteuer) fristgerecht zu entrichten.
- 1.6 Der LIEFERANT verpflichtet sich, die nach jeweiligem Landesrecht geltenden und zur Zahlung fälligen Sozialversicherungsbeiträge (in der Schweiz: z.B. AHV, IV, EO, FAK, ALV, BVG und UVG) einschliesslich der vom Lohn abgezogenen Arbeitnehmeranteile fristgerecht zu entrichten.
- 1.7 Ist der LIEFERANT eine juristische Person, so nimmt er als selbstständiges Unternehmen die notwendigen Anmeldungen für sich und seine Mitarbeitenden bei den Sozialversicherungen vor. Ist er keine juristische Person, so muss er nachweisen, dass er als selbstständig Erwerbstätiger einer Ausgleichskasse angeschlossen ist.
- 1.8 Der AUFTRAGGEBER schuldet keine Sozialleistungen (AHV, IV, ALV usw.) oder andere Entschädigungsleistungen, insbesondere bei Unfall, Krankheit, Invalidität und Tod, wie auch keine Leistungen der beruflichen Vorsorge. Für den Fall, dass die Sozialversicherungsbehörden die selbstständige Erwerbstätigkeit des LIEFERANTEN nicht anerkennen, kann der AUFTRAGGEBER allfällige Arbeitgeberbeiträge zurückfordern oder mit dem Honorar verrechnen.

- 1.9 Der LIEFERANT verpflichtet sich, den Schutz des geistigen Eigentums Dritter zu beachten.
- 1.10 Der LIEFERANT verpflichtet sich, regelmässig Informationen in sachdienlicher Weise über seine Geschäftstätigkeit und -ergebnisse, über soziale und umweltrelevante Fragen sowie über absehbare Risiken offen zu legen.
- 1.11 Der LIEFERANT erklärt sich bereit, auch seine Subunternehmer auf die Einhaltung der Bestimmungen gemäss Abschnitt 1 zu verpflichten.

2 Grundsätze zu Mitarbeitenden

- 2.1 Der LIEFERANT verpflichtet sich, Chancengleichheit und Gleichbehandlung aller Mitarbeitenden ungeachtet von Geschlecht, Nationalität, sexueller Identität, Konfession, Herkunft, Hautfarbe oder ihrer sonstigen persönlichen Merkmale zu fördern.
- 2.2 Der LIEFERANT verpflichtet sich, in Übereinkunft mit den ILO Konventionen 138 & 182 keine Arbeitenden gegen ihren Willen zu beschäftigen und keine Arbeitenden einzustellen, die nicht ein entsprechendes Mindestalter vorweisen können.
- 2.3 Der LIEFERANT verpflichtet sich, die Versammlungsfreiheit seiner Mitarbeitenden anzuerkennen und mindestens die anwendbaren Vorschriften der jeweiligen nationalen Rechtsordnungen einzuhalten. In jedem Fall einzuhalten sind die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und die allgemeine Erklärung der Menschenrechte (UNO-Pakte I & II).
- 2.4 Der LIEFERANT verpflichtet sich, die Gesundheit und Sicherheit seiner Mitarbeitenden durch Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte und Sicherheitsvorkehrungen sowie durch entsprechende Ausbildung und regelmässige Trainings sicherzustellen.
- 2.5 Der LIEFERANT verpflichtet sich dazu, dass seine Mitarbeitenden angemessen entlohnt werden und den gesetzlich festgelegten nationalen Mindestlohn sowie die für die Region geltenden Sozialleistungen und weitere Unterstützungsbeiträge erhalten und gewährleistet die Gleichbehandlung von Frau und Mann in Bezug auf die Lohngleichheit.
- 2.6 Der LIEFERANT mit Sitz oder Niederlassung in der Schweiz verpflichtet sich, die in der Schweiz geltenden Arbeitsschutzbestimmungen (die wöchentliche Höchstarbeitszeit, die Ruhezeiten und Pausen) einzuhalten. Als Arbeitsschutzbestimmungen gelten die Gesamtarbeitsverträge und die Normalarbeitsverträge, wo solche fehlen, gelten die orts- oder berufsüblichen Arbeitsbedingungen. Der LIEFERANT mit Sitz im Ausland hält die entsprechenden Bestimmungen ein, die am Ort der Leistungserbringung gelten.
- 2.7 Entsendet der LIEFERANT Arbeitnehmende aus dem Ausland in die Schweiz, um die Leistungen auszuführen, so sind die Bestimmungen des Entsendegesetzes vom 8. Oktober 1999 einzuhalten.
- 2.8 Der LIEFERANT erklärt sich bereit, auch seine Subunternehmer auf die Einhaltung der Bestimmungen gemäss Abschnitt 2 zu verpflichten.

3 Umweltgrundsätze

- 3.1 Der LIEFERANT verpflichtet sich, schädliche oder lästige Einwirkungen auf Lebewesen und deren Lebensräume zu vermeiden, sofern dies technisch und betrieblich möglich und wirtschaftlich tragbar ist. Gemäss Vorsorgeprinzip sind dazu Massnahmen zu planen, welche weitgehend mögliche negative Auswirkungen bereits am Entstehungsort verhindern. Falls negative Auswirkungen nicht verhindert werden können, sind chemisch und/oder physikalisch veränderte Umweltmedien (Wasser, Boden, Luft) grundsätzlich und nach neuestem Stand der Technik von unveränderten zu trennen, getrennt zu halten (Vermischungsverbot) und umweltgerecht zu behandeln.
- 3.2 Der LIEFERANT verpflichtet sich zum sparsamen Ressourcenverbrauch (u.a. von Wasser und Energie) und zur Minimierung von Emissionen und Abfallproduktion sowie zur Überwachung und kontinuierlichen Verbesserung in dieser Hinsicht.
- 3.3 Der LIEFERANT verpflichtet sich, die jeweils vor Ort (z.B. Produktionsort, Installationsort, Erfüllungsort etc.) geltende Umweltgesetzgebung einzuhalten. Falls in Rechtsvorschriften nicht näher präzisiert, sind Grenzwerte absolute Werte und jederzeit (nicht im Durchschnitt) einzuhalten. Lässt der neuste Stand der Technik eine über die Mindestvorgaben des Gesetzes hinausgehende Behandlung zu, ist diese zu bevorzugen. Kommt der LIEFERANT bei rechtswidrigen Zuständen trotz Mahnung seinen Verpflichtungen nicht nach, ist der AUFTRAGGEBER berechtigt, den ordnungsgemässen Zustand auf Risiko und Kosten des LIEFERANTEN wiederherzustellen respektive wiederherstellen zu lassen.
- 3.4 Der LIEFERANT bestätigt, dass die jeweils geltende Umweltgesetzgebung den betroffenen Mitarbeitenden bekannt ist und eingehalten wird. Der LIEFERANT verpflichtet sich, die Mitarbeitenden in dieser Hinsicht mittels Sensibilisierung, Ausbildung und regelmässigen Trainings zu instruieren.
- 3.5 Der LIEFERANT erklärt sich bereit, auch seine Subunternehmer auf die Einhaltung der Bestimmungen gemäss Abschnitt 3 zu verpflichten.

4 Umweltkriterien

- 4.1 Materialien, Roh- und Hilfsstoffe
Der LIEFERANT verwendet nur Materialien, Roh- und Hilfsstoffe, die
- stets den neuesten Erkenntnissen in Bezug auf den Schutz der menschlichen Gesundheit und die Umweltverträglichkeit entsprechen, und
 - hinsichtlich des späteren Abbruchs bzw. Rückbaus und ihrer späteren Entsorgung ökologisch und gesundheitlich unproblematisch sind, und
 - fachgerecht zurückgebaut sowie möglichst wiederverwertet oder dem Recycling zugeführt werden können.
- Müssen aus technischen und wirtschaftlichen Gründen trotzdem ökologisch problematische Materialien verwendet werden, so sind diese durch den LIEFERANTEN bei Angebotsstellung zu deklarieren.
- 4.2 Wasserkreislaufwirtschaft und erneuerbare Energieträger
Der LIEFERANT verpflichtet sich, sobald dies technisch möglich und wirtschaftlich tragbar ist, für die Deckung seines eigenen Wasser- bzw. Energiebedarfs die Wiederverwendung von ggf. aufbereitetem Abwasser bzw. erneuerbare Energieträger vorzuziehen.
- 4.3 Gewässerschutz und Abwasser
Die Richtlinien zum Gewässerschutz sind während der Ausführung des Projektes einzuhalten. Der LIEFERANT verpflichtet sich zur ordnungsgemässen Ableitung von Abwasser auf eigene Kosten und bei zulässiger Rückgabe in ein Gewässer, zur geringstmöglichen chemischen und physikalischen Veränderung in Bezug auf Umweltverträglichkeit und Schutz der menschlichen Gesundheit. Er verpflichtet sich ebenfalls zur vorschriftsgemässen Lagerung von wassergefährdenden Stoffen.
- 4.4 Luftreinhaltung, Abluft und Geruch
Der LIEFERANT verpflichtet sich, nur Fahrzeuge, Maschinen und Anlagen (inkl. Feuerungs-, Wärme-Kraft-Kopplungs- und Notstromanlagen) einzusetzen, welche nach Möglichkeit dem neusten Stand der Technik in Bezug auf Luftreinhaltung, Abluft und Geruch erfüllen. Des Weiteren erklärt er sich bereit, Transporte und Transportrouten aus Umweltsicht zu optimieren.
- 4.5 Bodenverunreinigungen und Altlasten
Der LIEFERANT verpflichtet sich, Bodenverunreinigungen vorzubeugen, indem er die Verwendung von nicht bzw. schlecht abbaubaren und persistenten Stoffen (z.B. in Schutzbehandlungen, Treib- und Brennstoffen, Mineralölprodukten, Lösungsmitteln, Pflanzenschutzmitteln, usw.) wenn immer möglich vermeidet und auf alle Fälle den Eintrag von Fremdstoffen, künstlichen Ablagerungen oder anderen Verschmutzungen in den Boden durch Vorbeugemassnahmen verhindert.
- 4.6 Abfall
Der LIEFERANT verpflichtet sich, auf eigene Kosten, rechtskonform und unter Einhaltung der Auflagen der Bewilligungen und des AUFTRAGGEBERS, die Räumung, Sortierung, Lagerung, Rücknahme und Entsorgung jeglicher Abfälle, Gebinde, Behälter, Verpackungen etc. zu organisieren und sicherzustellen.
- 4.7 Nichtionisierende Strahlung
Der LIEFERANT verpflichtet sich, Strahlungen, welche die Umwelt oder menschliche Gesundheit beeinträchtigen, durch geeignete Vorrichtungen möglichst gering zu halten.
- 4.8 Lärmimmissionen
Der LIEFERANT ist verpflichtet, jeglichen Lärm, welcher im Rahmen seiner auftragsbezogenen Tätigkeiten entsteht, auf das technisch mögliche Minimum zu beschränken. Sämtliche Arbeits-, Hygiene- und Lärmschutzvorschriften sind strikte einzuhalten.
- 4.9 Ökosysteme und schützenswerte Lebensräume
Der LIEFERANT verpflichtet sich, Beeinträchtigungen, welche er beeinflussen kann, möglichst gering zu halten, und geeignete Begleitmassnahmen zu treffen, wenn nach Stand der Umweltwissenschaft Ökosys-

teme und schützenswerte Lebensräume sowie deren ökologisch wertvollen und schützenswerten Elemente möglicherweise gefährdet sind. Geschützte Tierarten sind ggf. umzusiedeln. Rodungen, Bodenversiegelungen, Freilegung von Wurzelwerk sowie Einrichtungen und Ableitungen innerhalb der Waldlinie sind möglichst zu vermeiden.

4.10 Notfallvorsorge und Gefahrenabwehr

Der LIEFERANT verpflichtet sich, die erforderliche Notfallvorsorge und Gefahrenabwehr sicherzustellen, um bei Ereignissen Umweltbelastungen und Schäden für Personen und Sachen möglichst gering zu halten.

4.11 Transport und Lagerung von Gefahrstoffen und -gütern

Bei der Lagerung und beim Transport von Gefahrstoffen und -gütern verpflichtet sich der LIEFERANT selbst die gesetzlich festgelegten Grenzwerte und die Bestimmungen über die Lagerung und über den Transport von Gefahrgütern einzuhalten, Vorkehrungen zur Bewältigung von Unfällen zu treffen, unterbeauftragte Transportunternehmen entsprechend zu verpflichten und die Überprüfung der Einhaltung durch Gefahrgutbeauftragte des AUFTRAGGEBERS zuzulassen. Des Weiteren verpflichtet er sich, sämtliche Mitarbeitenden im sicheren Umgang mit gefährlichen und schädlichen Stoffen zu schulen.